

Interpellation Nr. 75 (November 2008)

betreffend Abweichungen vom Bebauungsplan beim Messeneubau

08.5286.01

Das Messeprojekt "Basel 2012" befindet sich offenbar in finanziellen Schwierigkeiten; der vom Volk angenommene politische Kompromiss ist in Gefahr: Beim Messeneu soll auf Kosten der Architektur und der Minergie gespart werden. Dies ist m. E. rechtlich und politisch inakzeptabel.

Mit ihrem Vorgehen verletzen Messe Schweiz (und ggf. der Regierungsrat bzw. das „zuständige“ Departement mit einer Ausnahmegewilligung) Geist und Buchstaben des in harten Kommissionsverhandlungen errungenen, guten Kompromiss beim Bebauungsplan. Das Volk hat zu diesem Kompromiss Ja gesagt.

Die "City Lounge" ist nur tolerabel, wenn entgegen der jetzigen Ankündigung nicht mehr und dickere Pfeiler in der Grosspassarelle als kommuniziert gebaut werden. Sonst werden dort kaum Veranstaltungen stattfinden und Bahnen der Herbstmesse stehen können. Die Belebung der City Lounge ist gefährdet.

Der Messeneubau soll ein architektonisches Wahrzeichen für die Stadt werden; die versprochenen, architektonisch besonderen „Verdrehungen der Obergeschosse“ von Herzog & de Meuron z.B. müssen Verdrehungen bleiben und dürfen nicht auf die Fassaden reduziert werden und damit bloss Kulisse werden. Wir sollten offen debattieren, ob ein Nachtragskredit in der Rezession Sinn macht. Keinesfalls darf es die billige Lösung auf Kosten des Stadtbildes, des Klimaschutzes und des guten Rufs von Basel gehen.

M.E. darf es aus rechtlichen und politischen Gründen keinen Verzicht auf vorgesehene Architektur und Minergie bzw. auf die im Bebauungsplan geforderte und konkretisierte höchstmögliche Energieeffizienz beim Messeneubau und der City Lounge geben. Gemäss Bebauungsplan darf das zuständige Departement nur dann Ausnahmegewilligungen erteilen, wenn dadurch die Gesamtkonzeption nicht beeinträchtigt wird. Die Änderungen, die jetzt im Gespräch sind, um Kosten zu sparen, würden aber genau diese Gesamtkonzeption beeinträchtigen.

Meine Frage: Wie stellt sich der Regierungsrat bzw. das zuständige Departement zu den vorgebrachten Argumenten und wie gedenkt er bzw. es sich zu verhalten?

Ich danke dem Regierungsrat im Voraus für die Beantwortung meiner Frage.

Heinrich Ueberwasser